

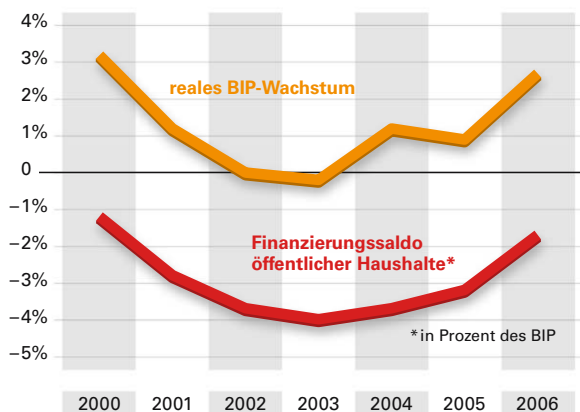
Konjunkturrisiko Schuldenbremse

Die Einführung einer Schuldenbremse nach Schweizer Vorbild verspricht eine Begrenzung der Staatsverschuldung. Solch eine Strategie würde jedoch die konjunkturpolitische Handlungsfähigkeit der Finanzpolitik bedenklich beschränken, warnt das IMK.*

Im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ein Konzept in Anlehnung an die so genannte Schweizer Schuldenbremse entwickelt. Es setzt der zulässigen Staatsverschuldung engere Grenzen: Grundsätzlich soll das Haushaltsbudget in jedem Jahr ausgeglichen sein. Im Abschwung dürfen die Ausgaben zwar im Ausmaß eines bestimmten Faktors die Einnahmen überschreiten – im Aufschwung müssen die Defizite aber wieder ausgeglichen werden. Bei einem symmetrischen Konjunkturverlauf würde der Schuldenstand also auf Dauer nicht steigen. Um kurzfristig mehr Spielraum zu haben, können unter bestimmten Umständen weitere Ausgaben auf einem Ausgleichskonto gebucht werden. Läuft die Wirtschaft gut, muss der Staat das Konto wieder glattstellen.

Die Sachverständigen waren sich jedoch untereinander nicht einig. Peter Bofinger sprach sich in einem Minderheitsvotum gegen den Vorschlag seiner Kollegen aus. Auch das IMK hat grundsätzliche Einwände. Eines der Grundprobleme des Konzepts: die Annahmen zur so genannten Einnahmenelastizität. Diese beziffert, wie stark die Staatseinnahmen in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung wachsen. Der Sachverständigenrat legt die Einnahmenelastizität bei eins fest, das heißt: Die Einnahmen wachsen genauso stark wie die Wirtschaft. Weil in Zeiten guter wirtschaftlicher Entwicklung jedoch bei Steuern und Abgaben die Progression greift, wachsen in Wirklichkeit die Staatseinnahmen

Staatsdefizit folgt der Konjunktur



Defizitquote 2000: bereinigt um Erlöse aus der Versteigerung von UTMS-Lizenzen
Quelle: Statistisches Bundesamt 2007 | © Hans-Böckler-Stiftung 2007

stärker, merkt das IMK an. Das Konzept unterschätzt also die „Konjunkturreakibilität“ der Einnahmen, sprich: das Ausmaß, in dem Steuern und Abgaben im Aufschwung sprudeln und im Abschwung einbrechen.

Noch gravierender sei „die völlige Vernachlässigung der automatischen Stabilisatoren auf der Ausgabenseite“, kritisiert Achim Truger, IMK-Referent für Steuer- und Finanzpolitik. Diese umfassen unter anderem die Sozialtransfers: Im Aufschwung wendet der Staat dafür weniger auf als im Abschwung, damit glättet er die konjunkturelle Entwicklung. Der Finanzexperte geht davon aus, dass die automatischen Stabilisatoren im Konzept der Wirtschaftsweisen insgesamt „etwa nur halb so groß angesetzt werden, wie dies ansonsten üblich ist“. Der Vorschlag des Sachverständigenrats sei „damit schon vom theoretischen Ansatz her verfehlt“, so Trugers Fazit. „Seine konkrete Umsetzung in den Jahren seit 2001 hätte die deutsche Wirtschaft zudem sehr wahrscheinlich in eine tiefe Rezession gestürzt.“ ◀

* Quelle: Frühjahrsprognose des IMK: Der Aufschwung geht weiter, IMK Report Nr. 19 April 2007

Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

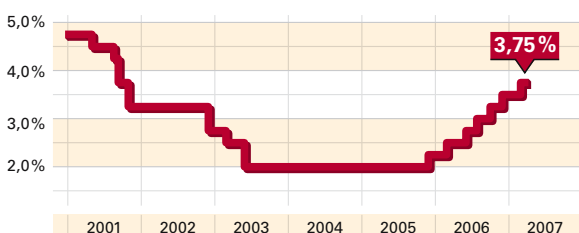
Geldpolitik

Gefahren für das Wirtschaftswachstum

Ein höherer Leitzins der EZB könnten die Eurozone 380.000 Jobs kosten, so eine Modellrechnung.

Leitzins-Anstieg: Kein Ende in Sicht

Entwicklung des EZB-Leitzinssatzes



Quelle: Europäische Zentralbank 2007 | © Hans-Böckler-Stiftung 2007

Kräftiges Wirtschaftswachstum und sinkende Arbeitslosigkeit in den Ländern des Euroraums: Damit rechnet das neu gegründete European Labour Network for Economic Policy (ELNEP) für 2007 und 2008. An diesem Zusammenschluss europäischer Forschungsinstitute ist auch das IMK beteiligt. Risiken sähe ELNEP, wenn die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Leitzins von jetzt 3,75 Prozent um einen Prozentpunkt erhöhen würde. Eine Modellsimulation der

Forscher zeigt: Die Wirtschaft der Eurozone würde dann innerhalb von zwei Jahren um einen halben Prozentpunkt weniger wachsen. Die Arbeitslosenquote wäre 0,2 Prozentpunkte höher als erwartet, dies kostete 380.000 Arbeitsplätze. Damit der Aufschwung stabil bleibt, empfiehlt das ELNEP der EZB, ihre Geldpolitik nicht weiter zu verschärfen – zumindest so lange die Inflation des Euroraums unter Kontrolle ist.

ELNEP: Keeping the European Recovery on Track, Brüssel, April 2007

Download unter www.boecklerimpuls.de